

(Abg. Leukefeld)

denn - lassen Sie mich das zumindest noch sagen - seit dem Jahr 2000 sind die Profite der Unternehmer - nicht nur in Thüringen, aber auch in Thüringen -, der Vermögenden und Reichen um 36 Prozent angestiegen. Das ist schon preisbereinigt. Die Löhne indessen preisbereinigt stagnieren und die internationale Arbeitsorganisation geht sogar von einem Lohnverlust von fast 5 Prozent aus. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist das sehr tragisch.

Ich will noch zwei Argumente bringen, warum Mindestlohn unbedingt sein sollte. Er entlastet natürlich die öffentlichen Kassen, weil er fiskalische Effekte mit sich bringt, und er bringt natürlich mehr Einkommen in die privaten Haushalte. Das führt wiederum zu mehr Kaufkraft, zu mehr Konsumtion mit Waren und vor allem auch mehr Dienstleistungen. Das hat Auswirkungen auch bei den Menschen in Thüringen, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus beispielsweise selbstständig gemacht haben. Ich will noch einmal sagen: 8,50 € Mindestlohn steht in der Studie drin, bringt einen fiskalischen Effekt bei Erwerbseinkommen von 14,4 Mrd. € und bei einem Mindestlohn von 10 € pro Stunde, wie ihn DIE LINKE fordert, weil er nämlich existenzsichernd in Vollzeit sein soll, wäre das ein Erwerbseinkommen, was sich steigert um 26,4 Mrd. Das ist nicht unerheblich. Die Forderungen/Konsequenzen wurden ja gefragt aus der Studie: Ja, wir sagen: Keine Förderung aus Steuergeldern für schlechte und schlecht bezahlte Arbeit, für prekäre Beschäftigung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen den Minister bei der, ich sag jetzt mal Aktion Leiharbeit. Wir werden ja morgen noch Gelegenheit haben, darüber ausführlich zu diskutieren. Wir sagen, eine Vermittlung in Arbeit darf nur erfolgen, wenn sie den Standards guter Arbeit entspricht und dazu gehört auf jeden Fall ein gesetzlicher, existenzsichernder und flächendeckender Mindestlohn.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Die Redezeit ist zu Ende, aber ich frage trotzdem die Technik: Wir haben die letzten Worte der Rednerin nicht gehört, ist irgendetwas? Nein? Okay.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Also es war bei exakt fünf Minuten abgeschaltet. Das ist ein bisschen ungerecht.

Präsidentin Diezel:

Es war nicht abgeschaltet, jedenfalls nicht hier vom Präsidententisch.

(Unruhe DIE LINKE)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, als Nächstes hat das Wort die Frau Abgeordnete Anja Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ja im letzten Plenum, als die Aktuelle Stunde zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit aufgerufen wurde, bereits in Teilen über die Frage des Mindestlohns gesprochen. Wir haben bereits damals gesagt und an vielen Stellen hier

(Abg. Siegesmund)

deutlich und plausibel gemacht und auch argumentiert, der gesetzliche Mindestlohn, der existenzsichernde Mindestlohn vernichtet keine Arbeitsplätze - das ist der Teil an Propaganda, den man endlich hinter sich lassen sollte -, sondern da war auch das Zitat einer Studie der Universität Berkeley

(Beifall SPD)

hier im Raum, wo auch deutlich noch einmal nachgewiesen wird, welche Vorteile die Einführung des Mindestlohns hat. Ja, er rechnet sich. Die Prognos-Studie, die die SPD-Fraktion zum Anlass genommen hat, heute hier diese Aktuelle Stunde einzuberufen, zeigt das auch noch einmal deutlich. Ich habe mich deswegen diese Woche gefreut, in der Berliner Zeitung zu lesen, dass die CDU-Sozialausschüsse in Berlin für den gesetzlichen Mindestlohn sind und dort auch offensichtlich debattiert wird. Vielleicht hören wir nachher dazu, welche Bewegung im CDU-Arbeitnehmerflügel gerade vollzogen wird. Vielleicht gibt es tatsächlich auch noch aktuelle Nuancen.

Ansonsten kann ich mich meinem Vorredner, Herrn Lemb, eigentlich nur vollumfänglich anschließen und ergänzen. Es gibt von uns GRÜNEN zusätzlich zu dem, was gesagt wurde, ein Konzept zur Frage Mindestlöhne. Dieses Konzept ist ausgereift, wir haben es schon sehr lange auf dem Tisch liegen. Es sagt unter anderem - weil es immer eines der schlagkräftigsten Gegenargumente ist -, wir wollen eine Low Pay Commission, wie in Großbritannien übrigens eingesetzt, die genau schaut, in welchen Branchen der Mindestlohn wie hoch sein muss, weil wir der Ansicht sind, man kann nicht alles über einen Rasierer ziehen. An dieser Stelle muss differenziert werden. Wir halten dieses Konzept, wie es in Großbritannien eingeführt und auch umgesetzt wird, für sehr vernünftig. Die Zahlen, warum wir das wollen, liegen auf dem Tisch. Es wurde gerade noch einmal gesagt, es betrifft in Thüringen jeden dritten Arbeitnehmer, jede dritte Arbeitnehmerin. Wenn Sie in bestimmten Zielgruppen, bei Jugendlichen, bei Frauen, usw. schauen, erhöht sich das dementsprechend. Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass Armut in diesem Fall jung und weiblich ist; wir wissen, dass jede Zweite unter 8,50 € in der Stunde in Thüringen verdient. Wir wollen mit dem Image des Niedriglohnlandes in Thüringen endlich aufräumen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann gehört hier nicht nur das Bekenntnis hin zu sagen, ja, uns sind die Zahlen bewusst, dann gehört hier auch der nächste Schritt hin, was wollen wir dafür tun. Das ist natürlich ein großer Schritt. Die Ministerpräsidentin hat es, glaube ich, vor einem halben Jahr hier erwähnt, das Niedriglohnimage zeichnet Thüringen nicht aus, sondern wir wollen damit aufhören. Es ist ein großer Schritt, sich dementsprechend zu äußern.

Wie sind die Zahlen für die Bundesrepublik? Wir wissen, dass sich der Niedriglohnsektor in den vergangenen Jahren auf über 6,5 Mio. Menschen insgesamt ausgedehnt hat. Wir wissen, dass 1,5 Mio. Menschen weniger als 5 € Brutto in der Stunde verdienen. Wir wissen, dass über 1 Mio. Erwerbstätige in der Bundesrepublik mit ALG II aufstocken müssen, um über die Runden zu kommen. Es sind also genug und übrigens auch altbekannte Zahlen, die man eigentlich nicht noch einmal in den Raum stellen muss, die wir uns aber in Erinnerung rufen müssen, um zu zeigen, es tut Not, Bewegung herein zu bekommen. Das Spannende an der Studie ist, dass sie nicht sagt, 8,50 € und nichts anderes, sondern sie rechnet mit 5 €, 7 €, 8,50 €, 10 €, 12 € und man kann sich ver-

(Abg. Siegesmund)

schiedene Modelle anschauen. Man kann also nicht von vornherein sagen Ausschlussprinzip, dieser eine Weg und nichts anderes. Deswegen lohnt es sich, da hat Herr Lemb völlig recht, noch einmal einen Blick darauf zu werfen. Im Ergebnis, wenn man sich denn schon den 8,50 € annähern will, würde man - ich nehme jetzt einfach die eine Zahl, weil die 8,50 € auch schon im Raum standen - 5 Mio. Beschäftigten die Möglichkeit bieten, deutlich mehr zu verdienen. 5 Mio. ist eine stattliche Zahl, deswegen finde ich, dass es auch wirklich vernünftig ist, die Studie in ihrer Breite hier zu diskutieren.

Wir wissen, in 20 von 27 Ländern ist der Mindestlohn eingeführt. Da kann man sich gern über die Höhe unterhalten und über die Frage flächendeckend oder was heißt das für einzelne Branchen. Da kann man sich gern unterhalten, aber das Bekenntnis dazu gibt es bereits in 20 von 27 Ländern, und nicht nur das, sondern bereits Erfahrungen, die wir uns auch anschauen können.

Deswegen ganz zum Schluss, lassen Sie mich das Plädoyer abschließen: Ja zur Frage der Einführung, ja zur Frage einer Flankierung durch eine Kommission, wie sie in Großbritannien eingesetzt wurde, und auch ja zum Bekenntnis, dass das Niedriglohnimage, das Thüringen über lange Zeit gepflegt hat, um Industrieansiedlungen hierher zu holen, wirklich sinnvoll durch die Prognos-Studie flankiert wird bzw. gezeigt wird, dass uns das nicht gut tut und dass wir alles tun wollen, um an dieser Stelle dafür zu sorgen, dass der Niedriglohnsektor eingedämmt wird. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Siegesmund. Es spricht zu uns Abgeordneter Gerhard Günther von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir debattieren heute über eine Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung zu fiskalischen Effekten eines flächendeckenden Mindestlohns. Ich bin mir nicht sicher, meine Damen und Herren, ob Bewertungen von Gutachten Ziel einer Aktuellen Stunde sein sollten. Denn mir fallen auch gleich mehrere Gutachten zu diesem Thema ein, die schlichtweg ein anderes Bild zeichnen, zum Beispiel die Einschätzung des nicht ganz unmaßgeblichen Sachverständigenrats, der eindringlich vor der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland warnt. Wenn wir also dieses Tor öffnen, könnten wir hier bald verschiedenste Gutachten je nach Auftraggeber behandeln. Aber sei es drum, wir haben das Thema auf der Tagesordnung und die Mehrheit der CDU-Fraktion - ich sage ausdrücklich die Mehrheit, Gustel Bergemann - hat natürlich hierzu eine dezidierte Meinung. Die Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung ist mit Simulationsrechnungen der Prognos AG gespeist, die auftragsgemäß schematisch Mehreinnahmen und Minderausgaben des Staates bei sofortiger Einführung eines Flächenmindestlohns addieren. Die Zahlen haben wir alle gehört von meinem Kollegen Lemb, die muss ich jetzt nicht noch einmal sagen. Hinzugeschlagen werden die sogenannten Zweirundeneffekte, die aus einer erwarteten Kaufkrafterhöhung resultieren, also insgesamt das altbekannte keynesianische Weltbild meiner sozialdemokratischen Partner hier. Für sich genommen ist gegen einen solchen Schritt nichts zu sagen. Auch Ökonomen streiten nach wie vor um die Richtigkeit der Ansichten von Key-